

was mit den Waffen und dem militärischen Gerät geschieht, das Slowenien im Laufe der Kämpfe erbeutet hat. Offenbar will man über eine Rückgabe erst dann verhandeln, wenn die Frage geklärt ist, wer für die Kriegsschäden aufkommen wird, welche die slowenische Seite auf 2,7 Milliarden Dollar beziffert.

Wer gab den Marschbefehl?

Vertreter der Armee, deren Mythos als Garantie der Einheit Jugoslawiens in seinen Grundfesten erschüttert ist und die zunehmend entlang der nationalen Trennlinien auseinanderfällt, haben am Samstag der slowenischen Führung vorgeworfen, sie missachte die im Ultimatum festgesetzten Fristen und komme - im Gegensatz zur Armee - den darin enthaltenen Forderungen nur in ungenügender Masse oder überhaupt nicht nach. Der Stellvertretende Kommandant des fünften Armeebezirks, Andrija Raseta, erklärte am Samstag in Zagreb an einer Pressekonferenz, der Befehl für die Intervention in Slowenien sei von der Bundesregierung gekommen. Ministerpräsident Markovic hatte in den letzten Tagen jedoch alle Verantwortung für die misslungene Aktion weit von sich gewiesen mit der Begründung, für die Ausführung des Beschlusses vom 26. Juni sei die Armeezuständig gewesen. Die slowenische Regierung habe, so meinte ein hoher Offizier an der Pressekonferenz, einen eigentlichen Propagandakrieg entfacht. Goebbels sei, so seine Interpretation, im Vergleich zu Jansa (Verteidigungsminister), Bavcar (Innenminister) und Kacin (Informationsminister) nur ein kleiner Junge in kurzen Hosen.

Der Vorsitzende des Präsidiums, Stipe Mesic, versicherte am Samstag an einer Pressekonferenz in Zagreb, die Armee stehe unter der politischen Kontrolle des obersten Staatsorgans; ihre Truppen würden in den Kasernen bleiben. Allerdings hat nach dem Ausscheiden des slowenischen Vertreters der serbische Block in diesem Gremium mit vier zu drei Stimmen ein Übergewicht. In ähnlicher Weise äusserte sich am Samstag auch Verteidigungsminister Kadijevic. Er erklärte, eine Machtübernahme durch die Armee komme nicht in Frage. Die Probleme des Landes, das sich in der letzten Phase der Auflösung befinde, müssten mit politischen Mitteln gelöst werden. Serbiens Präsident Milosevic, der sich in der letzten Zeit auffällig zurückgehalten und bisher öffentlich zu der Intervention in Slowenien nicht geäußert hatte, sprach sich am Samstag in einer Fernsehrede für eine friedliche Beilegung der Krise aus. Zugleich aber rief er alle Serben auf, zur Verteidigung ihres Landes - und zwar überall dort, wo die Interessen Serbiens und des serbischen Volkes bedroht seien (also vor allem in Kroatien) - bereit zu sein. Die Armee, so Milosevic, sollte jene Völker schützen, die auch in Zukunft in Jugoslawien leben wollten.

Forderung nach einem Rückzug der Armee

In Zagreb wird befürchtet, dass die in der Grenze zwischen der Vojvodina und Kroatien stationierten Einheiten der Armee, die immer augenfälliger zu einer serbischen Streitmacht wird, die mehrheitlich von Serben bewohnten Gebiete Ostslawoniens besetzen könnten. Es ist nämlich nach wie vor unklar, zu welchem Zweck sie in der vergangenen Woche dorthin in Marsch gesetzt wurden. Auch wird in Serbien, vor allem innerhalb der Opposition, der Ruf nach Schaffung einer Nationalgarde, also einer eigenen Republikarmee zur Verteidigung der nationalen Interessen der Serben, immer lauter.

Stipe Mesic forderte an der Pressekonferenz vom Samstag - unter Hinweis auf die mit den Abgeordneten der EG in der vergangenen Woche ausgehandelte Vereinbarung - den unverzüglichen Rückzug der Einheiten der Bundesarmee, die in Kroatien, in einigen mehrheitlich von Serben bewohnten Dörfern Ostslawoniens sowie der «Krajina», im Einsatz sind, in ihre Kasernen. Sobald dies geschehen sei, würden auch die serbischen Extremisten dorthin zurückkehren, woher sie gekommen seien, und die kroatische Polizei wäre in der Lage, in den Krisengebieten innerhalb kurzer Zeit für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Armeeführung rechtfertigt den Einsatz von Panzern in einigen Ortschaften in den ethnisch gemischten Gebieten Kroatiens damit, dass dadurch weiteres Blutvergiessen und eine Ausweitung des Konflikts verhindert würden. Die kroatischen Behörden haben in der letzten Zeit jedoch die Armee, oder Teile von ihr, immer wieder beschuldigt, mit den serbischen «Terroristen» zusammenzuarbeiten. Es gebe, so Mesic, keine Zusammenstöße zwischen Kroaten und Serben, sondern nur

Kaschmirs Regierungschef durch Islamabad abgesetzt

Islamabad, 7. Juli. (Reuter) Die pakistanische Regierung hat den Ministerpräsidenten Kaschmirs, Mumtaz Hussain Rathore, entlassen und festgenommen und unmittelbar danach den amtierenden obersten Verfassungsrichter der halbautonomen Region, Sardar Mohammad Ashraf, zum neuen Regierungschef ernannt. Dieser soll die Regierung vorübergehend führen, bis das kürzlich gewählte Parlament zu seiner noch im Juni vorgesehenen konstituierenden Sitzung zusammentritt. Die pakistanische Regierung hatte ihren Schritt begründet, Rathore solle daran gehindert werden, «weitere illegale und verfassungsfeindliche Taten zu begehen». Die Festnahme hing mit einem Streit über die Wahlen im pakistanischen Teil Kaschmirs zusammen.

Ein entschärfter Programm-Kongress im Dezember

Fassadenmalerei der französischen Sozialisten Anhaltender Vertrauensschwund der Regierungspartei

Mit Rücksicht auf die Wahlen von 1992 und 1993 haben die französischen Sozialisten beschlossen, im Dezember einen ausserordentlichen Kongress über ihr «Projekt für das Jahr 2000» abzuhalten, das gespannte Verhältnis unter den Fraktionen aber erst nach den Parlamentswahlen zu regeln. Parteisekretär Mauroy hat damit seinen Posten noch einmal für zwei Jahre sicher.

Mr. Paris, 7. Juli

Das «comité directeur» oder Parteiparlament des PS hat am Wochenende in Paris mit 169 gegen 15 Stimmen eine Resolution von Parteisekretär Mauroy gutgeheissen, mit der die Partei ihr Gesicht nach innen und aussen einigermaßen wahren kann. Vom 13. bis zum 15. Dezember wird gemäss diesem «weisen» Entschluss ein ausserordentlicher Kongress über das neue Parteiprogramm «sozialistisches Projekt für das Jahr 2000» beschlossen. Der nächste ordentliche Kongress, der im Frühjahr 1992 - kurz vor den Regionalwahlen - fällig gewesen wäre, wird dagegen erst nach den Parlamentswahlen von 1993 abgehalten, wenn die Urnen gesprochen haben. Die Entscheidungen über die Nachfolge Mauroys und die Vertretung der einzelnen «courants» in der Parteiführung werden erst dann getroffen werden.

Die Wunden von Rennes

Die Regierungspartei war seit ihrem katastrophalen Kongress vom März 1990 in Rennes geschlagen. Präsident Mitterrand hatte die Kontrolle über die Chefs der einzelnen Fraktionen verloren, weil diese bereits ihre Startlöcher für die Nachfolge Mitterrands für 1995 suchten. Die «courants» von Erziehungsminister Jospin und von Michel Rocard, damals noch Premierminister, blockierten und blockieren den Aufstieg von Parlamentspräsident Fabius zur Parteispitze, die dieser seit Jahren mit der Ermunterung Mitterrands anvisiert. Jospin und Rocard wagen sich aber nicht zu einer neuen Mehrheitsströmung innerhalb der Partei zu vereinen, weil dies einem Affront gegenüber dem Präsidenten gleichkommen wäre.

Da die Wunden von Rennes nicht verheilen, schlug Mauroy eine Vorverlegung des Kongresses auf Ende dieses Jahres vor, um nicht in einem Wahljahr den ohnehin abwandernden Wählern erneut das Bild einer zerrissenen Partei zu zeigen. Fabius war strikte gegen einen vorgezogenen Kongress, weil er sich mit seiner Forderung nach einer Modernisierung der Partei eigene Chancen eher im Umfeld einer Wahlriederlage ausrechnet. Rocard, der nach seinem erzwungenen Rücktritt im Mai bis 1993 mehr oder weniger schweigen will, war aber für einen Kongress der «Klärung», wozu er allerdings die Unterstützung Jospins benötigt hätte. Die Anhänger Jospins sind geteilter Ansicht über eine Allianz mit Rocard, sehen aber in jedem Fall in Fabius den gefährlichsten Gegner.

Wütende Premierministerin

Premierministerin Edith Cresson, die sich schon immer eher höhnisch gegen die Unsitte der «courants» und die «Leute, die seit 30 Jahren glauben, dass sie einmal Präsident werden», gewandt hat, rief die Partei mit eindringlichen Worten zu einem Waffenstillstand auf. Sie liess wütend durchblicken, dass sie es satt habe, mehr von der eigenen Partei als von der Opposition mit unrichtigen Unterstellungen angegriffen zu werden. Offenbar liess sich auch das Elysée überzeugen, dass es einmal mehr zu früh ist, Fabius auf

zwischen der kroatischen Polizei und eingeschleusten serbischen Extremisten. Eine Änderung der kroatischen Grenzen zugunsten Serbiens komme auf keinen Fall in Frage.

Schwere Auseinandersetzungen in Kroatien

Am Sonntag haben laut Angaben von Radio Zagreb Polizeiverbände des kroatischen Innenministeriums und Einheiten der Volksgarde (Republikarmee) das Dorf Tenja in der Nähe von Osijek angegriffen, in dem sich seit einiger Zeit bewaffnete Serben verschanzt halten. Den ganzen Tag über waren heftige Kämpfe im Gange, bei denen offenbar auch schwere Waffen eingesetzt wurden. In den vergangenen Tagen war es in verschiedenen, mehrheitlich von Serben besiedelten, Dörfern in Ostslawonien zu bewaffneten Zusammenstössen gekommen. Laut kroatischen Angaben konnte dabei ein grosser Teil der serbischen «Terroristen» vertrieben werden. Allein bei den Kämpfen vom Mittwoch und Donnerstag seien insgesamt vier kroatische Polizisten ums Leben gekommen und einige Dutzend bewaffnete «Söldner» verhaftet worden. Auf der Gegenseite soll es grosse Verluste gegeben haben. In Zagreb ist bereits von über 80 Toten die Rede.

Scharfer Protest Belgrads an die Adresse Wiens

Belgrad, 7. Juli. (ap) Jugoslawien hat die Haltung Österreichs im Konflikt um Slowenien scharf kritisiert und der Regierung in Wien eine förmliche Protestnote überreicht. Wie die Nachrichtenagentur Tanjug am Sonntag meldete, wurde der österreichische Botschafter in Belgrad, der Aussenministerium zitiert. Dort warf ihm der stellvertretende Aussenminister Dusan Rodic vor,

den Thron zu heben. Die Umfragen sind in der Tat sowohl für die Regierung als auch für die Wahlchancen des PS so schlecht, dass sich ein neuer Hahnenkampf von selbst verbieten müsste. Eine Umfrage Mehrheit hat sich sogar für die Auflösung der Nationalversammlung und vorzeitige Neuwahlen ausgesprochen.

So haben denn schliesslich alle «courants» in die Kompromissformel eingewilligt - mit der Ausnahme von Jean-Pierre Chevènement, der nach seinem Rücktritt als Verteidigungsminister während des Golfkrieges mit äusserst knappem Resultat seinen Abgeordnetersitz von Belfort zu rübergerettet und seinen «courant» noch militanter gestaltet hat. Die 15 Gegenstimmen gehen auf sein Konto. Chevènement, der einen neuen (ultra) linken Pol formieren will, wird vermutlich zusammen mit der sogenannten Nouvelle école socialiste des Abgeordneten Julius Dray ein Gegenprojekt vorstellen. Aber sein Einfluss in der Partei hat erneut stark abgenommen, nachdem einige wichtige Stützen ihn verlassen hätten. Das «Projekt 2000» könnte aber in einer Partei, die zuviel Ehrgeiz und zuwenig Denker hat, leicht zu einem Stellvertreterkrieg werden.

Mauroy warnte die Partei vor der wachsenden Abscheu der Wähler vor der Politik und vor den Angriffen der Rechtsopposition gegen die Immigrationspolitik der Regierung, die der Gaullistische Chirac gestartet hat. Der PS wird zu diesem Wahlkampfthema einige Illusionen korrigieren müssen. Erneut versicherte Mauroy, dass die Partei beim Majorsystem für die Parlamentswahlen bleiben werde, weil sie mit dem Proporz - der den Rechtsextremisten und den Grünen nützen würde - nichts gewinnt.

Trügerische Sommerpause

Am Wochenende ist auch die verlängerte Parlamentssession des Frühjahrs beendet worden, die Edith Cresson besser überstanden hat, als man ihr voraussieht. Sie hat den Dekretsparagrafen nur bei einem einzigen Gesetz anwenden müssen, das sogar einmal ohne kommunistische Unterstützung dank zweier abtrünnigen (und inzwischen aus der Partei ausgeschiedenen) Zentrumsdemokraten eine Links-Mitte-Mehrheit erhalten, die man unter ihr nicht mehr für möglich gehalten hatte. Und sie hat einen Misstrauensantrag der drei bürgerlichen Fraktionen ohne Mühe überlebt. Die Probleme, die der Regierung und der Partei zu schaffen machen - an erster Stelle die wachsende Arbeitslosigkeit, die Unruhen in den Vorstädten, Spenden- und Justizaffären, Streiks im öffentlichen Dienst, Massenentlassungen beim staatlichen Fernsehen, das Defizit der Sozialversicherung - dürfen aber die sehnsüchtiger erwartete politische Sommerpause mühselos überdauern. Vorsorglich hat Finanzminister Bérégovoy angekündigt, dass es keine neuen Steuererhöhungen mehr geben werde. Dennoch leidet die Regierung Cresson unter einem akuten Vertrauensschwund. Rocard könnte sich darüber freuen, wenn er nicht immer wieder - von links und rechts - als Hauptverantwortlicher für den jetzigen Zustand hingestellt würde; der Wahlkampf hat eben bereits begonnen.

die Wiener Politik der vergangenen Tage bedeute eine «eklatante Einmischung in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens». Die jugoslawische Regierung verlangte von Österreich eine Antwort auf ihren «scharfen Protest».

Rodich beschuldigte Österreich, Slowenien und Kroatien Waffen zu liefern, und erklärte, es gebe in Belgrad entsprechende Dokumente über illegale Rüstungstransporte aus oder über Österreich. Österreich führe «eine Kampagne gegen die Integrität Jugoslawiens», sagte der Vizepräsident. Jugoslawien beschwerte sich auch über die Entsendung von 6000 österreichischen Soldaten an die Grenze zu Slowenien und erklärte, die Ereignisse in Jugoslawien stellten keine Bedrohung des Nachbarlandes dar.

Neues Expertenteam der Uno im Irak

Zusicherung Saddams zur ungehinderten Inspektion

Manama, 7. Juli. (dpa) Ein Expertenteam der Uno-Sonderkommission zur Beseitigung irakischer Massenvernichtungswaffen hat am Wochenende einen weiteren Versuch unternommen, die irakischen Kapazitäten zur Produktion von Atomwaffen zu inspizieren. Von Bahrain aus flogen am Samstag 36 Experten aus 17 Ländern in den Irak. Das Team wurde von der Uno und der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) zusammengestellt und soll nach Angaben der von Manama aus arbeitenden Uno-Sonderkommission etwa eine Woche im Irak bleiben.

Der irakische Staatschef Saddam Hussein hatte am Vortag in einem Schreiben an Uno-Generalsekretär Pérez de Cuéllar zugesichert, dass die Inspektoren nun «prompten und ungehinderten Zugang» zu den in der Resolution 687 genannten Orten und Gegenständen hätten und ungehindert ihrer Aufgabe nachkommen könnten. Saddam Hussein sagte ferner zu, bis spätestens Montag früh eine Liste mit allen unstrittigen Anlagen vorzulegen, um die die Experten der Uno gebeten hätten.

Ein Übergangsparlament in Äthiopien gebildet

Addis Abeba, 5. Juli. (Reuter) Die Allpartei-Konferenz in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba hat am Freitag ein Übergangsparlament gebildet. 32 der 87 Sitze erhielten Vertreter der ehemaligen Rebellengruppen Revolutionäre Demokratische Front des äthiopischen Volkes (EPRDF), die im Mai die marxistische Regierung gestürzt hatte. Es gilt als sicher, dass die Versammlung den EPRDF-Führer Meles Zenawi als Präsidenten bestätigen wird. Laut Diplomaten wird das Parlament an seiner ersten Sitzung eine Übergangsregierung bilden, die das Land innerhalb von zwei Jahren zu freien Wahlen führen soll. Die 24 auf der Konferenz vertretenen Gruppen hätten sich zuvor auf eine Charta geeinigt, in der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie Selbstbestimmung der verschiedenen Volksgruppen garantiert werden. Ausserdem wird den Volksgruppen ein hohes Mass an regionaler Autonomie zugesichert.

Ein westlicher Botschafter sagte nach Abschluss der Konferenz am Freitag in Addis Abeba, sie sei «als Anfang vielerprechender» gewesen. Er hoffe jedoch, dass der begonnene Prozess zu einer offeneren Art der Demokratie führen werde.

Freundschaftsvertrag zwischen Italien und Ungarn

Budapest, 6. Juli. (dpa) Ungarn und Italien haben am Samstag in Budapest einen Vertrag über die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern geschlossen. Das Vertragswerk, das von den Aussenministern Jeszensky und De Michelis in Anwesenheit der Staatspräsidenten Göncz und Cossiga unterzeichnet wurde, ist die zweite derartige Vereinbarung zwischen einem Nato-Land und einem ehemaligen Mitglied des Warschaupaktes. Erst am Freitag war ein derartiger Vertrag - ebenfalls im Rahmen eines Besuches Cossigas - zwischen Italien und der Tschechoslowakei in Prag abgeschlossen worden. Ausserdem verlängerten die beiden Staaten die vor einem Jahr beschlossene Vereinbarung über die Abschaffung des Visumzwanges.

Argentiniische Wahlen in drei Runden

R. F. L. Buenos Aires, 5. Juli

In Argentinien wird heuer die Hälfte der Abgeordnetenmandate erneuert; überdies werden alle Provinzgouverneure, die Abgeordneten der Provinzparlamente, die Bürgermeister und Gemeindevorsteher gewählt. Diese kombinierten National-, Provinz- und Lokalwahlen müssen wegen der unterschiedlichen Bestimmungen in den Provinzverfassungen je nach Örtlichkeit in drei Runden vor sich gehen; aus Sparsamkeitsgründen wird die Parlamentserneuerungswahl auf den jeweiligen Lokalwahltag verlegt. Laut den jetzt veröffentlichten Regierungsdiskussionen sollen die Wähler der Provinzen Rio Negro, San Juan und San Luis am 11. August zu den Urnen schreiten. Am 8. September folgen sodann die Wähler der Hauptstadt, der Provinz Buenos Aires und weiterer acht Provinzen, darunter der wirtschaftlichen Schwerpunkte Santa Fe, Córdoba und Mendoza. Der dritte Wahltermin, der 27. Oktober, gilt vornehmlich für die nördlichen Provinzen und für Feuerland. An jenem Tag wird es auch in der Provinz Catamarca einen Umengang geben, wo die Bundesbehörden wegen massiver Ungerechtigkeiten der Lokalverwaltung interveniert hatten.

Argentiniische Wahlen in drei Runden

R. F. L. Buenos Aires, 5. Juli

In Argentinien wird heuer die Hälfte der Abgeordnetenmandate erneuert; überdies werden alle Provinzgouverneure, die Abgeordneten der Provinzparlamente, die Bürgermeister und Gemeindevorsteher gewählt. Diese kombinierten National-, Provinz- und Lokalwahlen müssen wegen der unterschiedlichen Bestimmungen in den Provinzverfassungen je nach Örtlichkeit in drei Runden vor sich gehen; aus Sparsamkeitsgründen wird die Parlamentserneuerungswahl auf den jeweiligen Lokalwahltag verlegt. Laut den jetzt veröffentlichten Regierungsdiskussionen sollen die Wähler der Provinzen Rio Negro, San Juan und San Luis am 11. August zu den Urnen schreiten. Am 8. September folgen sodann die Wähler der Hauptstadt, der Provinz Buenos Aires und weiterer acht Provinzen, darunter der wirtschaftlichen Schwerpunkte Santa Fe, Córdoba und Mendoza. Der dritte Wahltermin, der 27. Oktober, gilt vornehmlich für die nördlichen Provinzen und für Feuerland. An jenem Tag wird es auch in der Provinz Catamarca einen Umengang geben, wo die Bundesbehörden wegen massiver Ungerechtigkeiten der Lokalverwaltung interveniert hatten.

Kurzmeldungen

Journalist in Mexiko ermordet. Der mexikanische Journalist und Arzt Victor Manuel Oropeza ist in der nordmexikanischen Stadt Ciudad de Juarez ermordet worden. Oropeza hatte in seinen Artikeln immer wieder Wahlmanipulationen und soziale Ungerechtigkeiten angeprangert. (afp)

Anzeigen-Überblick

Anzeigenprospekte	Liegenschaften	38-44
Stadt Köln	Schulen/Instituta	18
Dienstleistungen	Stellen	34
Fahrzeugmarkt	Theater	12
Informatik	Konzerte	12
Kapital		8
Kino		8
Galerien/Antiquitäten	Todesanzeigen	33